Der Bundestag gedachte gestern der Opfer des Holocausts. Das Bundesministerium für Arbeit bestätigte gestern, dass es rechtmäßig ist, schwangeren Frauen, und mit ihnen ihren ungeborenen Kindern, ihre Existenzgrundlage zu rauben, wenn sie sich weigern bzw. körperlich gar nicht erst in der Lage sind, staatlich aufoktroierten Zwangsarbeitsmaßnahmen nachzugehen

Anlass der moralistischen Selbstbeweihräucherung des Bundestages war der Internationale Holocaust-Gedenktag. Bundestagspräsident Lammert nahm den Mund besonders voll. Die Millionen Opfer mahnten, alle Formen der Diskriminierung weiter zu ächten, soll er zum Auftakt des Gedenkens gesprochen haben. Diese Aussage kann man nur unterstützen. Aber im Gegensatz zur herrschenden Politik auch mit Inhalt, Glaubwürdigkeit und Leben füllen.

Mit Schwangeren und Ungeborenen ist es inzwischen freilich noch leichter, auf ein Verbrechen hinzuweisen, das wieder einmal aus (sozial-)rassistischen Motiven, wieder einmal auf deutschem Boden, und wieder einmal unwidersprochen stattfindet. Dennoch geht es letztlich um ein generelles Verbrechen, das jeden betrifft. Die Hartz IV-Gesetzgebung verletzt wissentlich und willentlich, aus eiskaltem machtpolitischen Kalkül heraus die elementarsten Grund- und

Menschenrechte, von der Freiheit und Würde des Menschen bis hin zum Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Nicht wieder, sondern weiterhin, jedoch inzwischen wieder ganz massiv, erfüllt der Staat Deutschland zentrale Kriterien einer Diktatur und faschistischen Gesellschaftsordnung. Vollends entlarvt und immer deutlicher sichtbar werden sie durch die grassierenden und beständig zunehmenden modernen, nicht mehr nationalsozialistisch, sondern liberal geprägten Sündenbock-Ideologien und Verschwörungstheorien und daraus abgeleiteten politischen Programmatiken.

Der gewissermaßen urliberale Arbeitskult

und der aus diesem hervorgehende Leistungs- und Nützlichkeitsrassismus bilden dabei die psychosozialen und politischen Katalysatoren. Die treibenden Kräfte bei der Kreation neuer, alter Sündenböcke in moderner Gestalt. Die Politik der schwarzgelben Kapitalhuren und Sozialsadisten ist nur noch einen Wimpernschlag von der des sogenannten Dritten Reichs entfernt.

Auch dort gab es die politisch motivierte Unterteilung der Gesellschaft in höherwertiges, edleres und minderwertiges, unnützes Leben. Letzteres wurde systematisch terrorisiert, danach deportiert und

schließlich industriell vernichtet. Die hierarchische Polarisierung einer Gesellschaft ist elementarer Bestandteil für die Errichtung und Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaftsstrukturen.

Die Minderwertigen einer Gesellschaft gelten als Sündenböcke für die Probleme dieser Gesellschaft. Ihre Vernichtung gilt als soziale Heilslehre. Sie bildet gemeinsam mit dem Ablenken von den wirklichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme die Machtgrundlage des etablierten

Herrschaftsapparates. Im NS-Staat waren es insbesondere Juden, denen die Rolle des gesellschaftszersetzenden Parasiten und "Krankheitserregers" zukam.

Gemäß des aus dem arbeitskultisch instrumentalisierten Nützlichkeitswahn hervorgehenden Sozialrassismus. Der bis heute unangefochten grassiert. In der Gegenwart der nachkriegsliberalen ministerialbürokratisch und parlamentarisch ausgeübten

Mehrparteien-Diktatur, wie zur Zeit des Heraufdämmerns des Nationalsozialismus erneut im Rahmen einer kollabierenden Ökonomie, ist diese Sündenbockrolle nun im Wesentlichen Moslems und Arbeitslosen zugewiesen worden. Sie repräsentiert sich auch in einer zunehmend euthanasistische Züge tragenden Sozialgesetzgebung.

Hartz IV ist der vorläufige politisch-legislative Gipfel jenes urliberalen, mittlerweile tief in der

Mitte der bürgerlichen Gesellschaft verankerten Rassismus, der lediglich die alte Rassenhygiene, die unter anderem in der Ermordung von sechs Millionen Juden endete, durch eine diffusere Form der Sozialhygiene ersetzt hat, die Millionen von Arbeitslosen einer sozialen Endlösung, bestehend aus einem politisch für "zumutbar" erklärten Zwangsarbeits-Bevormundungs-, Schikanierungs- und Sanktionierungssystem, aussetzt.

Getragen von einer wie immer schweigenden, kopfnickenden, armhebenden Mehrheit, deren Geisteszustand von einer dauerhaften autistisch-paranoiden, masochistisch-sadistischen Schizophrenie geprägt ist. Deren treibende Kraft ist die Angst vor dem sozialen Abstieg, sowie die individuelle innere Lebensleere, zerfressen von Schuldgefühlen und fehlender Selbstachtung durch die ökonomische Abrichtung von Geburt an.

Diese autoaggressiven
Triebkräfte manifestieren sich
schließlich in der hasserfüllten
Missgünstigkeit und Paranoia
eines besitzstandswahrenden,
masochistischen, unterwürfigen,
rückgratlosen Querulantentums.
Die geistig und emotional
entstelltesten und verkrüppelsten
und folglich sadistischsten
Vertreter dieses
Menschenschlages bevölkern
inzwischen massenhaft
Behörden, Parlamente und
Ministerien.

Inzwischen kann daran kaum noch ein Zweifel bestehen, nachdem die gegenwärtige Politik nun unausgesprochen verkündet, dass selbst ungeborenes Leben weder Existenzrecht, noch Würde besitzt, sondern eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellt, wenn es aus dem sozialen Abseits kommt, das die Hartz IV-Gesetzgebung und die totalitäre Herrschaft des

Arbeitskultes errichtet haben.

Die plakativ zur Schau gestellte Kinderfreundlichkeit der ehemaligen Familien- und nun Arbeitsministerin steht in genau derselben Tradition eines letztlich machpolitischen, rein herrschaftlichen Interessen dienenden Sadismus. Dies wird gerade dann deutlich, wenn es um die dem Hartz

IV-Terror ausgelieferten Kinder geht.

Denn der Politik geht es nicht um das Wohlergehen weder dieser Kinder noch überhaupt von Kindern. Ihr geht es um die Besitzergreifung des Staates von diesen Kindern, von ihrer Persönlichkeit, ihrer Psyche, ihrem Denken

und Handeln. Sie sollen zu denselben unterwürfigen Bücklingen und Leistungseinheiten geformt und abgerichtet werden, wie die schweigende Mehrheit der Menschen.

Welche die etablierte Herrschaftsordnung eines rassistischen Neofeudalismus

widerspruchslos tragen, und ihre einzige vermeintliche Stärke nur noch in der Beteiligung am oder stillen Duldung von Hass und/oder selbstgerechtem Terror gegen die unterhalb ihres eigenen sozialen Milieus stehenden Menschen finden. Isoliert, zerrüttet, ohne Zusammenhalt, von Grund auf unfähig zu gesellschaftlichen

Veränderungen von der Art wie sie derzeit in Tunesien und vielleicht auch bald in Ägypten stattfinden.

Über dem erst Arbeits-, dann Vernichtungslager Auschwitz stand geschrieben "Arbeit macht frei". Dieselbe Doktrin ist der ideologische Leitfaden der gegenwärtigen Gesellschaft,

und im Besonderen ihrer Institutionen, wie die heutigen Jobcenter. Arbeit um ihrer selbst willen ohne Rücksicht auf individuelle Interessen und Bedürfnisse gilt als die ultimative Erlösungsdoktrin der bürgerlichen Moderne und ihrer weltanschaulichen Freiheitsperversion, des Liberalismus.

Sie spiegelt sich in der
Behördenwillkür der
"Zumutbarkeit" von
jedweder Form von Arbeit
wieder. Sie gründet und
gipfelt gleichermaßen in
einer tiefen Verachtung
gegenüber dem Leben,
gegenüber Sinnlichkeit,
Muße, Freude, Faulheit und
Freiheit. Dieser
lebensfeindliche
Arbeitsmasochismus

kompensiert sich schließlich durch einem sadistischen Terror gegenüber den von jedem individuellen Standpunkt aus gesehen jeweils sozial schwächeren. Primär gegenüber denen, die von jenem Arbeitsmasochismus nicht mehr unmittelbar betroffen sind, deren Hamsterrolle still steht.

Das Fehlen von Selbstachtung und einer eigenbestimmten Identität wird auf diese Weise durch eine autistisch-paranoide, aber immer masochistisch bleibende Wahrnehmung der Überlegenheit über andere Menschen ersetzt. Es handelt sich dementsprechend um eine Massenschizophrenie, die zur psychosozialen Norm

und politischen Doktrin
geworden ist. Und eine
Bankrotterklärung derart
missgestalteter
Gesellschaften.

Doch auch die Nähe und
geistige
Wesensverwandtschaft der
heutigen Gesellschaft zur
nationalsozialistischen ist
eben kein Zufall. Beide

Gesellschaftsformen waren aus der Mitte der Gesellschaft gewollt, anerkannt, und wurden von dieser getragen. Besonders nach den jüngsten Äußerungen der Bundesregierung, die selbst eine prinzipielle, unantastbare Unversehrtheit ungeborenen Lebens leugnet, bleibt umso mehr die folgende grundgesetzlich

verankerte Aufforderung ein
zentraler Maßstab für
rechtmäßiges und
couragiertes Handeln:

Grundgesetz Artikel 20,

Artikel 3 und 4:

Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

**Gegen jeden, der es
unternimmt, diese
Ordnung zu beseitigen,
haben alle Deutschen das
Recht zum Widerstand,
wenn andere Abhilfe nicht
möglich ist.**